

## PARTEIEN

## Das Linksgespenst

*Der Erfolg des Populisten-Duos Lafontaine/Gysi in den Umfragen verunsichert nicht nur die SPD. Auch Union und FDP zittern vor dem Linksbündnis. Es könnte im Herbst einen schwarz-gelben Wahlsieg verhindern - und das deutsche Parteiengefüge nachhaltig verändern.*

Die linke Bewegung wächst, Tag für Tag, und für den Stammtisch im Kölner Brauhaus Pütz ist sie sogar schon zu groß geworden. "Mer ziehe um", krakeelt ein Rheinländer, schnappt sich Kölschglas und Bierdeckel und führt das neue Linksbündnis in den Hinterraum, der ist größer. Vierzig Leute sind an diesem Donnerstagabend gekommen, mehr als doppelt so viele wie erwartet. Es sind vor allem Männer, kaum einer unter fünfzig, Arbeiter, Angestellte, Langzeitarbeitslose, ein paar Dauerstudenten.

"Ich bin platt! So viele Leute!", eröffnet Martin Nees von der örtlichen WASG den Abend. „Hat einer Fragen?“ Und ob. „Kann man hier Mitgliedsanträge ausfüllen?“, ruft es von hinten. Die Stimmung ist großartig, der Kölschabsatz erheblich. Gern referiert Nees noch einmal die Kerndaten der Euphorie: etwa 10 Prozent im Westen, 30 Prozent im Osten. „Das muss man sich mal vorstellen.“

Es sind Stammtische, Gewerkschaftshäuser oder Hinterzimmer, in denen die Aktivisten der neuen Linkspartei dieser Tage zusammenkommen und ihre plötzliche Bedeutung feiern. Es sind die Keimzellen einer Umwälzung - einer womöglich nachhaltigen Veränderung der politischen Landschaft in Deutschland.

Begeistert saugen Aktive und Sympathisanten die Zahlen der Meinungsforscher auf. Innerhalb weniger Wochen steigerte sich das Bündnis auf bis zu elf Prozent in der Wählergunst. Der rasante Aufstieg der neuen Formation kann erhebliche Folgen haben: für die avisierte Bundestagswahl im Herbst, für das Schicksal der ältesten Volkspartei SPD und nicht zuletzt für das Parteiensystem des Landes.

Sollte die Linkspartei am Wahltag bei 10 oder 11 Prozent landen, müssten Union und FDP gemeinsam um die 48 Prozent der Wählerstimmen aufbringen. „Wenn der Trend so weitergeht, ist eine Große Koalition durchaus realistisch“, sagt Forsa-Chef Manfred Güllner.

Gut zwei Monate vor dem 18. September hat sich die Tektonik des Wahlkampfes bereits verschoben. Die SPD muss an zwei Fronten kämpfen: gegen „die schwarze Republik“ und gegen die linken „Demagogen“, wie ein eigenes Kapitel im gerade vorgestellten „Wahlmanifest“ der SPD überschrieben ist.

Auch das schwarz-gelbe Lager begreift inzwischen, dass es nicht ausreicht, einzig SPD und Grüne ins Visier zu nehmen. „Die Antipoden in diesem Wahlkampf heißen nicht länger Angela Merkel und Gerhard Schröder, sie heißen Angela Merkel und Oskar Lafontaine“, sagt der frühere SPD-Wahlkampfmanager Matthias Machnig. Der eigentliche Verlierer könnte am Ende die FDP sein.

Das Aktionsbündnis Gysi/Lafontaine, ursprünglich als Projekt zur Befriedigung der persönlichen Eitelkeit gestartet, könnte seine Sprengkraft sogar weit über die nächste Bundestagswahl hinaus entfalten.

Vor allem, wenn es im Herbst wirklich zur Großen Koalition kommen sollte, hätte die neue Truppe beste Chancen, sich als einzig wahre Opposition gegen den „neoliberalen Mainstream“ (Lafontaine) zu profilieren.

Bleibt die Verbindung stabil, wäre das eine Verschiebung im politischen Gefüge der Republik, wie es sie seit dem Aufkommen der Grünen Anfang der achtziger Jahre nicht mehr gegeben hat.

Damals sprengten die Ökos die festzementierte Drei-Parteien-Konstellation im Bundestag. 22 Jahre nach dem ersten Einzug der Grünen ins Parlament kündigt sich nun der Wandel zum Fünf-Parteien-System an.

In diesen Wochen scheint sich verspätet eine Entwicklung zu vollziehen, die in anderen europäischen Ländern wie Italien, Frankreich, den Niederlanden oder Spanien längst stattgefunden hat. Die Öffnung des Parteienspektrums nach links sei ein internationaler Trend,

befand jüngst der Soziologe Oskar Negt. „Insofern ist das auch eine Art Normalisierung der deutschen Geschichte.“

Doch von Gelassenheit ist in den Zentralen der etablierten Parteien gegenwärtig nichts zu spüren. Dort geistert das Linksbündnis als Gespenst umher und hinterlässt Angst und Schrecken. Existentielle Sorgen plagen vor allem die Sozialdemokraten, die bereits um den Charakter der SPD als Volkspartei bangen. Nur wenige Genossen vermögen das so kühl zu sehen wie der Göttinger Parteienforscher Franz Walter: „Von dem Konzept muss sich die SPD verabschieden“ (siehe Kasten Seite 56).

Das neue Bündnis ist Fleisch von ihrem Fleisch. In früheren SPD-Hochburgen wie Gelsenkirchen oder Salzgitter-Wolfenbüttel rufen IG-Metall-Bevollmächtigte und ehemalige Genossen dazu auf, der Linkspartei zu helfen. Etliche Unterstützer finden sich im Who is Who der deutschen Gewerkschaftsbewegung. So wird wohl in Nordrhein-Westfalen Hüseyin Aydin für die Linkspartei antreten - er ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall. In Niedersachsen ist der frühere Metall-Bezirksleiter von Berlin-Brandenburg-Sachsen, Hasso Düvel, für eine Kandidatur im Gespräch. Und in Thüringen drängt der Landes-DGB-Chef Frank Spieth auf die PDS-Liste. „Wir müssen offensiv mit denen umgehen“, sagt Sigmar Gabriel. „Deren einziger Zweck ist es, die SPD zu spalten“, wettet der frühere niedersächsische Oppositionschef, der jetzt in den Bundestag strebt. „Wir sollten auf die voll draufgehen“, sekundiert der Vorsitzende der Saar-SPD, Heiko Maas.

Nach Wochen der Ratlosigkeit sind im Berliner Willy-Brandt-Haus erste Bemühungen erkennbar, die Expansion der Linkspartei einzudämmen. So durften die SPD-Linken fast alle wesentlichen Punkte des frischgedruckten Wahlmanifestes diktieren: die Reichensteuer, die Angleichung des Arbeitslosengelds II im Osten an Westniveau oder auch die Einführung eines Mindestlohns. Nur mit Mühe konnten Franz Müntefering und Schröder („Mehr geht nicht“) bei der Schlussberatung vergangenen Montag weitere linke Vorschläge verhindern, zum Beispiel eine Steuer auf Veräußerungsgewinne von Unternehmensbeteiligungen oder ein milliardenschweres Investitionsprogramm.

Hatten die Sozialdemokraten bisher noch Beißhemmungen, wollen sie nun vor allem die Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit und moralische Integrität der schillernden Doppelspitze in Frage stellen. Der Tenor: Lafontaine hat sich nicht nur im März 1999 aus dem Staub gemacht, sondern auch schon nach seiner gescheiterten Kanzlerkandidatur 1990. Zwei Tage nach der Wahl setzte er sich zunächst spurlos in den Urlaub ab - bis ihn die „Bunte“ kurz darauf in Badehose an einem Karibikstrand präsentierte. Gysi halten die Genossen vor, sich 2000 vom Fraktionsvorsitz und zwei Jahre später vom Job des Wirtschaftssenators in Berlin zurückgezogen zu haben. Eine Strategie ist in solchen Hinweisen freilich nicht erkennbar.

Die etablierte Politik wirkt unbeholfen dieser Tage. Plötzlich merkt auch das bürgerliche Lager, dass diese Linken die eigenen Karriereträume zerstören könnten.

Schon scheint in der Union manch einer die Nerven zu verlieren. So drohte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm vergangene Woche damit, Lafontaine vom Verfassungsschutz observieren zu lassen: „Der Sozialist Lafontaine sucht offenbar bei den Neonazis seine Wähler. Wenn er so weitermacht, könnte das ein Fall für den Verfassungsschutz werden.“

Mit bangem Blick beobachten insbesondere die Christdemokraten in Ostdeutschland die Linkspartei. Viele enttäuschte SPD-Wähler hatten sich in den vergangenen Wochen der CDU zugewandt und ihr zeitweise eine absolute Mehrheit in den Umfragen verschafft. Dieser Höhenflug ist vorbei, seit die neue Bewegung die Frustrierten für sich gewinnt.

Auch die beiden Parteivorsitzenden Angela Merkel und Edmund Stoiber treibt die Sorge um, dass ein Erfolg der Linkspartei die Union in eine Koalition mit der SPD zwingen könnte. „Ein Punkt rauf oder runter kann die Mehrheitsfähigkeit des bürgerlichen Lagers gefährden“, murmelte Stoiber mit sorgenvoller Stimme am vergangenen Donnerstag im CSU-Präsidium. Die Union wird auch deshalb darauf verzichten, allzu harte Reformschritte ins Wahlprogramm aufzunehmen. Ein Papier der sozialen Zumutungen würde die Wähler in Scharen den Linken in die Arme treiben, befürchten die Unionsoberen.

Beim potentiellen Koalitionspartner ist die Sorge noch größer. Felsenfest hatte die FDP schon damit gerechnet, nach sieben mageren Oppositionsjahren in Kürze endlich wieder mitregieren zu können. Doch der Traum vor allem der in die Jahre gekommenen Ministerkandidaten Wolfgang Gerhardt, 61, Hermann Otto Solms, 64, und Rainer Brüderle, 60, droht zu platzen. Die Liberalen könnten das erste Opfer der Newcomer werden.

Lagerwahlkampf, jetzt erst recht, haben sich die zwischen sechs und sieben Prozent herumkreibenden Freidemokraten vorgenommen. Parteivize Brüderle kündigt schon mal eine „klare Zweitstimmenkampagne“ an. So wollen die Freidemokraten das Schlimmste verhindern - ihr Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde.

In der Berliner PDS-Zentrale registriert man die Ängste der anderen mit Genugtuung. So wurde

Jörg Schönbohm nach seiner Drohung mit dem Verfassungsschutz im Karl-Liebknecht-Haus spontan zum „Mitarbeiter des Tages“ gekürt. Beflügelt von den Umfragen, basteln die Sozialisten am neuen Image der Partei. An der Fassade der Parteizentrale hängen neue Plakate in Dunkelrot: „Klarheit schaffen“ und „Die soziale Alternative“. Für den Wahlkampf hat Kampagnen-Manager Bodo Ramelow nun Großplakate von Lafontaine und Gysi geordert. Beide sollen bundesweit ihr Gesicht zeigen. Nur die Absage des „Tatort“-Kommissars Peter Sodann, der eigentlich in Sachsen für die PDS kandidieren sollte, trübte die Freude.

Geschickt und schamlos zugleich wollen Gysi und Lafontaine eine Klientel einsammeln, die von den etablierten Parteien seit Jahren links liegen gelassen wurde. Es sind Menschen, die sich von Schröders Reformpolitik abgewandt haben und die in der CDU allenfalls eine etwas radikalere Kopie sehen, nicht aber eine wählbare Alternative.

Viele übersehen, dass es sich bei dem Linksprojekt auch um ein Täuschungsmanöver handelt. So versuchen Gysi und Lafontaine den Eindruck zu erwecken, die Partei sei etwas komplett Neues. In Wahrheit behält die PDS das Sagen: Sie muss alle WASG-Kandidaten - auch Lafontaine - auf ihren Landesparteitagen nominieren, sie wird das Wahlprogramm vorlegen, sie wird die vier Millionen Euro für den Wahlkampf bezahlen, sie beauftragt die Werbeagentur.

Misstrauisch wurde bereits der „Leverkusener Kreis“ in der WASG, der gegen die Zusammenarbeit mit der PDS ist. Einige Mitglieder haben das Schiedsgericht ihrer Landespartei angerufen, weil sie Aufklärung über einen unerwarteten Geldsegen fordern. Sie wollen wissen, von wem Einzeldarlehen in Höhe von insgesamt 75 000 Euro stammen. Im Visier haben sie die PDS oder die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein PDS-Sprecher erklärt dazu: „Wir geben kein Geld an andere Parteien, und meines Erachtens darf unsere Stiftung das auch nicht.“ Die WASG-Rebellen wollen außerdem die Listenaufstellung anfechten, bei der Lafontaine auf Platz eins kam.

Auch bei der PDS regt sich Kritik. Thomas Falkner, ein Vertrauter von Parteichef Lothar Bisky, fürchtet, dass der Pakt mit Lafontaine zu einem Rückfall in „Sozialromantik und Linkspopulismus und Konzepte der siebziger Jahre“ führen werde.

Die Bundestagsabgeordnete Petra Pau sieht sich in einem „anhaltenden Konflikt mit Lafontaine“. Seine Sprüche über Fremdarbeiter, die den Deutschen die Arbeitsplätze wegnähmen, gehen ihr genauso gegen den Strich wie sein Verständnis für den früheren Frankfurter Polizeivize, der in einem Entführungsfall Folter androhte. Für Pau ist das alles mit dem PDS-Programm nicht vereinbar“. Sie sieht ein Signal an den rechten Stammtisch.

So könnte das Linksbündnis vielleicht doch noch an der letzten Hürde scheitern. Am kommenden Sonntag müssen zwei Drittel der Delegierten auf einem Sonderparteitag der PDS für die Umbenennung in „Die Linkspartei“, kurz „Die Linke“ stimmen. Zumindest der Ort der Versammlung wird bei manchem Delegierten angenehme Erinnerungen wachrufen, so oder so. Zu Honeckers Zeiten kamen in der Kongresshalle am Berliner Alexanderplatz die Werktätigen der DDR zu munteren Tanzabenden zusammen, nach der Wende fanden hier Erotikmessen und Waffenbörsen statt.

Nach erfolgreicher Abstimmung erhoffen sich die PDS-Strategen einen langanhaltenden Händedruck zwischen Lafontaine und Gysi, und mancher der älteren Genossen wird an den Händedruck zwischen dem Sozialdemokraten Otto Grotewohl und dem Kommunisten Wilhelm Pieck im Jahr 1946 denken.

Damals träumten einige vom Ende der Spaltung der Arbeiterklasse - doch für die Sozialdemokraten wurde aus dem Traum wenig später ein Alptraum.

Dass es 60 Jahre später zu einer Kooperation aller linken Kräfte kommen könnte, hat die SPD-Führungsspitze auf kurze und mittlere Sicht absolut ausgeschlossen. Ich werde nie etwas mit dieser merkwürdigen Gruppierung da am linken Rand machen“, verkündete Kanzler Gerhard Schröder am vergangenen Dienstag. Nicht mit mir“, ließ auch Franz Müntefering wissen. Doch gerade auf lange Sicht könnte die neue Konkurrenz sogar positive Auswirkungen für die SPD haben.

„Eigentlich müsste die SPD die Linkspartei heimlich finanzieren“, sagt Parteienforscher Walter. In einem Fünf-Parteien-Parlament sei es nicht so wichtig, ob die SPD auf 28 oder 31 Prozent komme. Zwischen den Konservativen und einer starken Linkspartei rutsche die SPD automatisch in die Mitte. Dort habe sie mehr Koalitionsoptionen als heute, weil sie zwischen der Großen Koalition und einer Regierung mit Grünen und Linkspartei wählen könne.

Theoretisch könnte es in der Tat zu einer produktiven Arbeitsteilung zwischen Roten und Tiefroten kommen: Während die Sozialdemokraten versuchen, weit in die politische Mitte vorzudringen, würde die Linkspartei jene Wähler am linken Rand binden, die für die SPD nicht mehr erreichbar sind. Doch an solchen Aussichten kann sich die amtierende Generation der Genossen nicht erwärmen.

Wenn sie abgetreten ist, scheint hingegen vieles möglich. Der SPD-Vordenker Erhard Eppler will

sogar eine Wiedervereinigung von SPD und Linkspartei in ein paar Jahren nicht ausschließen. Anders als zwischen der SPD und der KPD in der Weimarer Republik bestünden zwischen der Sozialdemokratie und Lafontaines Truppe heute keine wirklich „ideologischen Differenzen“. Damals traten die Kommunisten für die Revolution ein, die Sozialdemokraten für die Republik. Heute kreist der Konflikt eher um die Höhe des Arbeitslosengelds II oder um Sinn und Unsinn von Ein-Euro-Jobs.

Auch das Beispiel der Grünen-Bewegung zeigt, dass aus einstigen Erzrivalen recht schnell zuverlässige Koalitionspartner werden können. So hatte der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau 1986 ein Bündnis mit den Grünen kategorisch ausgeschlossen. Die Grünen sind keine Partner, mit denen man verantwortbare Politik verabreden kann“, erklärte Rau damals im Einklang mit seiner Partei. Wenn es nur mit den Stimmen der Grünen gehe, „dann werde ich eben nicht Kanzler“.

Doch schon vier Jahre später war der nächste SPD-Kanzlerkandidat bereit für ein rot-grünes Bündnis. Sein Name: Oskar Lafontaine.

STEFAN BERG, PETRA BORNHÖFT,  
MARKUS FELDENKIRCHEN, HORAND KNAUP,  
KERSTIN KULLMANN, BARBARA SCHMID